

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Staatsvertrag - Umweltunion - EG - Agrarhandel - Cocom

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1990) : Kurz kommentiert: Staatsvertrag - Umweltunion - EG - Agrarhandel - Cocom, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 6, pp. 281-282

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136643>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Staatsvertrag Legendenbildung

Fehlentscheidungen, zumal eine „eminente Fehlentscheidung“, für die der Ministerpräsident des Saarlandes und SPD-Kandidat für das Bundeskanzleramt, Oskar Lafontaine, die Einführung der deutsch-deutschen Währungsunion zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt hält, setzen voraus, daß es grundsätzlich einen anderen, besseren Weg gegeben hätte. Die Vorstellung eines anderen, besseren Weges muß freilich auch angesichts der tatsächlichen Fakten und damit des tatsächlichen Entscheidungsspielraums Bestand haben. Andernfalls gehören Urteile wie das obige in den Bereich der Legendenbildung, zumindest in den der wahltaktischen Manöver ohne inhaltliche Basis.

Für den Weg, den Lafontaine anscheinend vorzieht, hätte es Voraussetzungen bedurft, die eben nicht gegeben waren: relativ immobilierender Arbeitskräfte oder ersatzweise eines tatsächlichen oder rechtlichen Mauerbaus von westlicher Seite, einer zügigen Einführung der konstitutiven Rahmenbedingungen für ein marktwirtschaftliches System (ohne Suche nach angeblichen dritten oder vierten Wegen) in der DDR und dann in Folge eines kontinuierlichen, vor allem privaten, Kapitaltransfers aus dem Westen für produktive Zwecke. Unter den tatsächlichen Bedingungen hätten „behutsame“ Schritte in Richtung Marktwirtschaft und damit abwartende westliche Investoren über starke Wechselkursanpassungen für die Arbeitnehmer in der DDR kaum akzeptable Reallohnsenkungen zur Konsequenz gehabt. Der daraus folgende Abwanderungsdruck hätte die Lage weiter verschlechtert. Eine Kursstützung der DDR-Mark durch die Bundesbank ohne eine Garantie für entsprechende Reformen und eine angemessene Geld- und Finanzpolitik der DDR ist nicht denkbar gewesen. Auch ökonomisch gesehen ist also die Wirtschafts- und Währungsunion der einzig gangbare Weg gewesen. Um Lafontaine etwas abgewandelt zu zitieren: „Was ökonomisch richtig ist, kann politisch nicht falsch sein.“ ogm

Umweltunion Wünschenswerte Anpassung

Die angestrebte Umweltunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR nimmt inzwischen mit

dem Entwurf eines Umweltrahmengesetzes konkrete Formen an. Wichtig ist sie aus zwei Gründen. Zum einen ist Umweltverschmutzung ein grenzüberschreitendes Problem. Investitionen für die Reinhaltung von Luft und Gewässern in der DDR dürften in vielen Fällen auch ein effektiver Weg sein, um die Umwelt in der Bundesrepublik zu verbessern. Eine Anpassung der relevanten Standards auf hohem Niveau ist schon daher wünschenswert, freilich nicht nur in Deutschland, sondern prinzipiell weltweit.

Zum anderen werden privatwirtschaftliche Investitionen in der DDR erschwert, wenn Fragen der Umwelthaftung nicht oder nur unbefriedigend geklärt sind. Offensichtlich ist dies im Falle der Altlasten. Sie können nicht von den neuen Investoren, sondern müssen auf Kosten des Verursachers, bei volkseigenen Betrieben also des Staates, beseitigt werden. Angesichts des deutschen Vereinigungsprozesses wird hier vorwiegend der westdeutsche Steuerbürger zahlen müssen.

Anlagen können sicherlich nicht sofort westdeutschen Umweltstandards genügen, hier müssen Übergangsfristen eingeräumt werden; sie sollten allerdings recht kurz bemessen sein. Dies ist auch möglich, denn ein Großteil der alten Anlagen muß schon aus anderen Gründen erneuert werden. Auf sogenannte Härtekláuseln, bei denen eigentlich Unvertretbares plötzlich vertretbar ist, sollte verzichtet werden. Zu groß ist die Gefahr, daß sie angesichts der bedeutenden Umwälzungen in der DDR unangemessen großzügig gehandhabt werden. kra

EG Streit um britisches Rindfleisch

Der kürzlich von Frankreich, Italien und der Bundesrepublik verfügte Importstopp für britisches Rindfleisch beschwor die Gefahr einer Krise für die Europäische Gemeinschaft herauf. Angesichts des starken Befalls des britischen Rinderbestandes mit der Seuche BSE, deren Gefahren für die menschliche Gesundheit noch nicht vollständig geklärt sind, wurde das Einfuhrverbot mit der Begründung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes eingeführt. Großbritannien sah darin eine gegen den EG-Vertrag verstoßende protektionistische Maßnahme.

Allerdings war die Situation diesmal anders als etwa bei Bier und Nudeln, als die Bundesrepublik bzw. Italien

eindeutig vertragsverletzenden Importschutz für die heimischen Produzenten gaben. Dies wird auch im Kompromiß des Agrarministerrates vom 7. Juni deutlich, der dem Freihandelsgebot gerecht zu werden sucht, ohne den Gesundheitsschutz außer acht zu lassen: Danach darf Fleisch am Knochen nur ausgeführt werden, wenn es – tierärztlich testiert – aus seuchenfreien Rinderbeständen stammt. Entbeintes Rindfleisch ist nur ausfuhrfähig, wenn es von Innereien – dort könnten sich nach bisherigen Erkenntnissen Krankheitserreger aufhalten – befreit ist. Lebende Rinder für den Export dürfen, wie bisher, nicht älter als sechs Monate sein. Neu ist, daß durch Kennzeichnung der Nachweis zu führen ist, daß die Tiere nicht von verseuchten (oder krankheitsverdächtigen) Müttern stammen.

Der Kompromiß verhindert zumindest, daß es zu handelspolitischen Konfrontationen – bei britischen Gegenmaßnahmen – kommt. Ob die stark rückläufige Nachfrage nach britischem Rindfleisch in nächster Zeit wieder steigen wird, ist jedoch sehr fraglich. kr

Agrarhandel Offener Eklat

Um kein Jota bewegt haben sich die beiden Hauptkontrahenten USA und EG im Streit um den Abbau von Agrarsubventionen. Auf der Pariser OECD-Ministerkonferenz kam es diesbezüglich zu einem offenen Eklat. Die amerikanische Forderung, die Streichung von Agrarexportsubventionen, die Beseitigung von Importbarrieren und die Kürzung interner Stützungsmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft als drei eigenständige Problemkreise zu betrachten und darüber jeweils separat zu verhandeln, stieß zum wiederholten Male auf die schroffe Ablehnung der EG.

Der Streit um die EG-Agrarpolitik wäre kaum noch eine Randnotiz wert, hätte er nicht „externe Effekte“ in Form eines möglichen Scheiterns der Uruguay-Runde. Zahlreiche Länder stellen ein Junktim her zwischen der Agrarliberalisierung und ihrer Bereitschaft, die eigenen Märkte beispielsweise für den Dienstleistungshandel zu öffnen. Gestützt auf jahrelange Erfahrungen geht indes die EG offensichtlich davon aus, hier handle es sich lediglich um das übliche Säbelrasseln. Aber muß dieses strategische Kalkül stets aufgehen?

Bereits seit der Kennedy-Runde in den 60er Jahren verzögert die EG-Agrarpolitik weitergehende Schritte in

Richtung Liberalisierung des Welthandels. Die daraus resultierenden Wohlfahrtsminderungen werden leider nur zu selten auf der Sollseite der EG-Politik verbucht. Da den Agrarpolitikern Verstöße gegen die ökonomische Vernunft noch nie ernstliche Sorgen bereiteten, muß jede Reformbemühung beim „politisch nicht machbar“-Argument ansetzen. Und hier gewinnt gar die Alternative „Scheitern der Uruguay-Runde“ einen gewissen Charme. Sollte sie tatsächlich über die Isolierung der Agrar-Lobby eine substantielle Reform der EG-Agrarpolitik bewirken, so ist sie unter langfristigen Gesichtspunkten einem lauen Kompromiß vorzuziehen. jm

Cocom Impuls für den Ost-West-Handel

Nach jahrelangen zähen Verhandlungen zwischen Amerikanern und Europäern im Cocom-Ausschuß ist es jetzt endlich erreicht: Die umstrittene Liste der exportbeschränkten Produktbereiche des sogenannten dual use, das heißt der sowohl zivil als auch militärisch nutzbaren Güter, wird entscheidend gekürzt. Bis Mitte August dieses Jahres bereits werden von bisher 116 im Handel mit den Ländern des Warschauer Pakts kontrollierten Produktgruppen 38 ersatzlos gestrichen sein, weitere elf werden zu großen Teilen liberalisiert. Künftig soll lediglich eine Kernliste mit acht Bereichen von wirklich strategischer Bedeutung erhalten bleiben, für die dann eine verschärfte Überwachung gilt. Hierzu wird auch der Telekommunikationsbereich zählen, der als besonders sensibel eingestuft wird.

Ermöglicht wurden diese Beschlüsse, um die die westeuropäischen Cocom-Mitglieder schon seit Jahren kämpfen, naturgemäß durch die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Osteuropa, aber nicht zuletzt auch durch den zunehmenden Druck der amerikanischen Industrie auf die US-Regierung, die Handelsrestriktionen zu lockern. Ohne Frage werden die Liberalisierungsmaßnahmen zumindest mittelfristig einen positiven Impuls für den Ost-West-Handel bedeuten. Die laut westlichen Pressemitteilungen von amerikanischer Seite geäußerten Erwartungen allerdings, daß sich dieser Impuls in einem zusätzlichen Ausfuhrvolumen von jährlich 45 Mrd. Dollar niederschlagen könnte, erscheinen angesichts des Gesamtexports der OECD-Länder in den RGW von nicht mehr als rund 50 Mrd. Dollar im Jahre 1989 doch etwas überzogen. pp